Stellungnahme 23.01.2026

Die Berichterstattung rund um die Haushaltsberatungen und das vermeintlich überraschende Aus für Frühlings- und Rambourfest macht aus Sicht der Werbegemeinschaft eine Einordnung notwendig.

1. Die Entscheidung kam nicht überraschend

Die Werbegemeinschaft weist ausdrücklich zurück, dass diese Entscheidung kurzfristig, taktisch oder im Zusammenhang mit Haushaltsberatungen oder Wahlkampf getroffen wurde.

Seit über zwanzig Jahren wird gegenüber Stadtverwaltung und Citymanagement immer wieder klar kommuniziert, dass die bestehende **Strom- und Veranstaltungsinfrastruktur in der Innenstadt nicht mehr tragfähig** ist – weder organisatorisch noch haftungsrechtlich. Verschärft hat es sich in den letzten Jahren. Aber schon unter dem Vorsitz Andreas Scherg, Peter Imgrund und Thomas Schmidt gab es deutliche Worte (Stichwort Weihnachtsmarkt). Der letzte Vorstand Armin Lahoda hatte das Thema Strom als die größte Baustelle an Fr Winkler übergeben.

- Deshalb wurde das Thema in **zahlreichen Nachgesprächen nach Veranstaltungen** angesprochen.
- Es wurden **konkrete Strompläne und Lösungsvorschläge** an die Verwaltung übergeben von unserem Marktleiter Gerhard Kornder.
- Die Problematik wurde wiederholt als **zentrales Risiko** benannt.

2. Klare Kommunikation auf der Hauptversammlung – vor genau einem Jahr

Bereits **vor exakt einem Jahr**, auf der ordentlichen Hauptversammlung der Werbegemeinschaft, wurde offen und unmissverständlich kommuniziert:
Ohne deutlich mehr aktive Mithilfe der Mitglieder und ohne strukturelle Entlastung wird die Werbegemeinschaft diese Veranstaltungen **nicht weiter organisieren können**.
Diese Aussage war protokolliert, öffentlich und intern eindeutig.
Die aktuelle Entscheidung ist somit **die Umsetzung einer lange angekündigten Konsequenz**, kein spontaner Rückzug.

3. Sicherheit und Haftung sind der ausschlaggebende Punkt

Nach dem tragischen Unglück in der Schweiz (Brand in einer Bar) war für den Vorstand endgültig klar: **Wir können und dürfen diese Verantwortung ehrenamtlich nicht weitertragen.**

Es geht nicht um fehlenden Willen, sondern um:

- persönliche Haftung,
- Sicherheitsverantwortung,
- rechtliche Risiken – **bis hin zur privaten Haftung des Vorstands**.

Diese Verantwortung ist für einen ehrenamtlichen Verein nicht mehr leistbar.
In einem **JourFix MSP am 20.01.26** mit dem Landratsamt und allen Kommunen wurde deutlich, dass diese **hinter unserer Entscheidung** stehen. Den meisten war überhaupt nicht klar, dass wir als Werbegemeinschaft alleine Veranstalter sind. Das ist auch im Landkreis schon lange an anderen Stellen aufgehängt oder an externe Dienstleister vergeben.

4. Keine Gespräche – keine Abstimmungen – kein „Druckaufbau“
Entgegen anderslautender Darstellungen stellt die Werbegemeinschaft klar:

- **Es hat keine Gespräche mit dem Stadtrat oder den Fraktionen gegeben.**
- **Es gab keine Abstimmungen, Vorab-Informationen oder politischen Absprachen.**
- **Vor allem der Antrag der Grünen erfolgte eigenständig und ohne Beteiligung der Werbegemeinschaft.**

Dass uns nun unterstellt wird, bewusst Druck aufgebaut zu haben, weisen wir entschieden zurück. **Es wurde nicht mit uns gesprochen – weder vor noch nach der Entscheidung.**Auch aktuell hat **noch kein klärendes Gespräch** darüber stattgefunden, **wie es gemeinsam weitergehen kann**.

5. Kooperation

Die Werbegemeinschaft ist ausdrücklich **bereit zu Kooperationen**.
Dafür braucht es:

- einen **zeitnahen Gesprächstermin** mit dem **Stadtrat**,
- unter Einbindung der **Vorsitzenden der Werbegemeinschaft und der Marktleitung VOS**

Wie mehrfach mitgeteilt, ist Fr. Winkler bis Ende Januar beruflich stark eingebunden und oft nicht vor Ort. Die Termine sind für Ihr Ehrenamt nicht zu verlegen.

Wir stehen für Gespräche ab dem 30.01.26 bereit, zB:
Mo, 02.02. von 8.30 - 16 Uhr
Di, 03.02. von 8.30 - 13 Uhr oder 18 - 20 Uhr

Der Vorstand & Beirat der Werbegemeinschaft Lohr am Main

Nachtrag: es kommt zu einem Gesprächstermin am 02.02.2026